

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Anzeigenpreis: Die festgelegte Kopiersätze 1 Bl., Stellensätze 3.00 Bl.

Ausgabenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzigerstraße 10, bis spätestens vormittags 9 Uhr. Ordere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Mittwoch, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.



Blattgebühr für den Bezugspreis: durch den Postboten 12.00 Bl. von unterer Seite ... durch den Postboten 12.75 Bl. und durch den Postboten 12.75 Bl. Einzelnummer 30 Pf.

Blattgebühr und monatliche Beiträge werden außer in der Geschäftsstelle, Leipzigerstraße 10, und von unterer Seite und allen Postämtern angenommen.

Amthliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 8

Donnerstag, den 19. Januar 1922

61. Jahrgang

Der Reichstag.

Wenn der deutsche Reichstag jetzt wieder zusammentritt, wird er sich natürlich zunächst über die seit dem Abschluß der Verhandlungen zwischen dem Reich und dem Völkerbund in der Hauptsache erledigten Angelegenheiten und das Vorkommene für einen Teil der nächsten Plenarsitzung bekannt machen. Nach der Erklärung unserer Zahlungsmittel für die am 15. Januar fälligen 300 Millionen Goldmark ist, um einen dringlichen Ausdruck zu gebrauchen, der Pläne über den Reichsfinanzetat, die dem Reichstag nicht ankommen werden, die meisten, die wir brauchen uns nicht anzusehen, denn es würde auch in Zukunft trotz Poincaré besser gehen, als andere denken. Vielleicht haben wir Glück infolge von Ereignissen, die heute noch nicht zu übersehen sind.

Frieden wollen und müssen wir halten, Pflichten wollen wir erfüllen, soweit es möglich ist. Aber wir müssen auch erneut ein Wort gegen Unruhe und Unklarheit sagen. Schon wieder ist der unglückliche Antrag auf Auslieferung der sogenannten deutschen Kriegsschuldigen gestellt worden, aber wir dürfen die Möglichkeit nicht herabdämmen lassen, daß er zurückgewiesen werden könnte. Poincaré hat auch geäußert, daß zu dem geplanten französisch-englischen Allianzvertrag von Paris aus der Vertrag beantragt werden soll, daß auch ein deutlicher Angriff gegen Polen" als ein Kriegsverbrechen der Entente gegen uns betrachtet werden soll. Es bedarf keines Wortes weiter, daß wir dann in befriedigender Weise auf einen Krieg von zwei Seiten stehen würden. Einen deutschen Anstoß gegen Polen" zu fordern, ist für die in Warschau und Paris, die ihn haben wollen, und es gibt zweifellos solche Leute, kein Kunststück.

Keiner langen Auseinandersetzung bedarf es auch, um Deutschlands finanzielle Lage gegenüber den drohenden Ententeforderungen der Finanzkontrolle und der Beschränkung des Notenumlaufes klar zu stellen. Wie die Zahlungsmittel an die Entente hat auch die Steuerleistung an die Entente ihre Ordnung. Die ganze mündelbare Papiergeld könnte zum Kauf von Anleihen, aber auch hier heißt es, erst sauberes Wasser haben, bevor man unfauberes fängt. Die Papiergeldbeschränkung kann erst eintreten, wenn an Stelle des Provisoriums eine definitive, die Tatsachen berücksichtigende Revision der Ententeforderungen durchgeführt worden ist.

Ein bestimmter englischer Vorkurs hat sich endlich als angemessene deutsche Reparationszahl 21 Milliarden berechnet, die mit 6 Prozent zu verzinsen und in 30 Jahren zu tilgen sind. Warten wir uns nicht mehr zu, als selbst ein Briten berechnet. O. W.

Die Einladung Deutschlands.

Konferenz in Genoa am 8. März.
Der italienische Botschafter überreichte dem Reichskanzler ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Nach einer Entschlüsselung des Botschafters: Mates der alliierten Mächte bezieht sich mich, Ihnen die Absicht einer Entschlüsselung zu übermitteln, die am 6. Januar 1922 durch die alliierten Regierungen an der Konferenz von Genua angenommen wurde. Am 6. Januar mit dieser Entschlüsselung und auf Befehl meiner Regierung bezieht sich mich, die deutsche Regierung zur Teilnahme an der Wirtschaftlichen und Finanzkonferenz einzuladen, die in Genua am 8. März 1922 eröffnet werden wird.“

Dem Einladungsschreiben ist der Text der bereits veröffentlichten Entschlüsselung beigelegt, die durch die Konferenz von Genua am 6. Januar angenommen wurde. Unter den in der Entschlüsselung zur Teilnahme ausdrücklich aufgeführten Mächten werden außer Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien und Rußland genannt.

Die nächsten Aufgaben der Reichsregierung.

Nach der Rückkehr Rathenaus aus Genua hat für das Reichskabinett eine Zeit besonders angeregter Tätigkeit eingeleitet. Ein Kabinettsbesprechung folgt der andern. Am Montag erläuterte Rathenau dem Kabinett eingehenden Bericht. Am selben Nachmittag fand eine vertrauliche Sitzung des Außenministeriums des Reichsstats statt, in der der Reichsminister den Inhalt des Beschlusses der italienischen Botschafter die Einladung nach Genua, die Dienstag vormittag dem Reichskabinett vorlag. Für Mittwoch war eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages angesetzt, Donnerstag tritt der Reichstag selbst zusammen. So folgt eine Beförderung der andern.

Für die Reichsregierung handelt es sich jetzt darum, einmal ein Programm für die Konferenz von Genua aufzustellen, dann aber einen Plan auszuarbeiten, der auf Verlangen der Reparationskommission bekanntlich innerhalb der nächsten vierzehn Tage fertiggestellt werden muß.

In diesem Plan soll die Reichsregierung beifolgend Auskunft darüber geben, wie sie der weiteren Vernehmung des Papiergeldumlaufes aus dem Wege gehen will, wie sie sich die Bilanzierung des Budgets denkt und wie die Verzinsungen und Zahlungen im Jahre 1922 eingehend werden sollen. Allein diese Forderung der Reparationskommission, auf die innerhalb der letzten 14 Tage eine klare Antwort gegeben werden soll, stellt die Reichsregierung vor eine ungeheure Aufgabe. Trotzdem ist man in Regierungskreisen ziemlich optimistisch, und man glaubt, daß man in der Lage ist, diese Forderung des Völkerbundes zu erfüllen. Die Konferenz von Genua aufgestellt werden soll, hat man noch zwei Monate Zeit und dürfte erst an die Ausarbeitung dieses Programms gehen, wenn die Antwort an die Reparationskommission formuliert worden ist.

Unsere Zahlungsmittel.

Rathenau und Rebe in Cannes.

Amthlich wird jetzt die Welt veröffentlicht, die der Führer der deutschen Delegation, Dr. Rathenau, auf der Konferenz von Genua am 12. Januar auf dem Obersten Rat gehalten hat. Rathenau setzte sich nicht auseinander, daß zur Lösung des Defizits der deutschen Zahlungsbilanz nur drei Möglichkeiten beständen: Der Verkauf der Substanz des Landes, größere auswärtige Anleihen oder der Verkauf der Landeswährung. Den Ausverkauf der Landeswährung habe Deutschland leider nicht hindern können. Die Durchführung einer auswärtigen Anleihe habe man versucht, aber vergeblich, da nach Meinung der Londoner City die Deutschland auferlegten Lasten zu schwer seien.

Das Währungsproblem.

Deshalb sei es unmöglich gewesen, den Verkauf von Umlaufmitteln zu vermeiden, obwohl das deutsche Geld dadurch ein Gegenstand der internationalen Spekulation wurde. Solange die Währung Deutschlands auf dem internationalen Markt aus dem Gleichgewicht gekommen sei, wäre es unmöglich, sich auf bestimmte Zeit in Ordnung zu bringen. Jeder neue Marktwert und jede neue innere Preisänderung werden den Haushalt gefährden. Eine als Abwehrmittel zunächst denkbare Einschränkung des Verbrauchs sei kaum erreichbar, da die Mittelschichten und die Arbeiter weit unter dem Stand der Verteilung lebten. Es bliebe also nur eine Lösung der Produktion und Vermehrung der Ausgabe herbeiführen. Eine derartige Vermehrung sei aber schwer, weil andere Völker sich dagegen wehren. Es bliebe das Mittel, die landwirtschaftliche Produktion zu heben, aber das erfordere eine gewisse Zeit.

Wolle man die Bilanz wirklich verbessern, so gebe es aber nur zwei Mittel, nämlich Verdoppelung der Verdreifachung der Steuern oder eine Verringerung des Verbrauchs. Beide seien unmöglich, die Steuern nochmals zu verdoppeln. Ebenso sei es unmöglich, den Vorkurs sich im Ausland zu machen, da die Londoner City sich schon geweigert habe, einen viel kleineren Betrag für die Januar- und Februarzahlungen durch Anleihen zu finanzieren. Auch eine innere Anleihe sei gegenwärtig kaum möglich. Augenblicklich sei die Lage so daß Deutschland sich allmählich aufzubrehe, daß es von seiner eigenen Substanz lebe.

Deutschlands Erfüllungsbereitschaft.

Dr. Rathenau versichert, Deutschland sei trotz allem in jedem Falle durchaus bereit, auf dem Wege der Stabilisierung des Budgets zu treffen, das ihm vorgeschlagen ist. Die Erhöhung der Zölle auf Goldbasis solle erfolgen. Die Frage der Abschaffung der Zölle werde 1922 geregelt werden. Der Abbau der Interzessionen zur Verbilligung der Lebensmittel usw. sei in der Wege geleitet. Die Frage der Kapitalflucht könne nur unter Mitwirkung aller ausländischen Banken geregelt werden. Was die Garantieforderung anbetrifft, könne man der Reichsbank eine größere Autonomie geben.

Der Wiederanbau des Landes.

Dr. Rathenau schloß seine Rede mit der Bereitschaft Deutschlands, am Wiederanbau Europas mitzuwirken, und den ihm zugedachten Teil zu übernehmen, umfahre, als es mit den technischen und wirtschaftlichen Bedingungen und Möglichkeiten des Ostens vertraut sei und an der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Ost- und Mitteleuropas großen Anteil nehme.

Das Programm des Zentrums.

Die neuen Richtlinien auf dem Parteitag.
Der zur Zeit in Berlin tagende Parteitag des Zentrums beschäftigte sich in mehreren Sitzungen mit dem neuen Programm, dessen Kernsatz auf

dem vorjährigen Parteitag beschlossen wurde. In vertraulicher Sitzung berichtete Oberster Richter (Währungs-Geschäft) über die Grundzüge dieses neuen Programms.

Christliches Prinzip und deutsche Volksgemeinschaft.

Als leitende Ideen der Partei werden in diesen Richtlinien die folgenden festgelegt: Das Zentrum ist eine christliche Partei, die auf christlichen Grundsätzen beruht. Die Christen sind dem Zentrum zum christlichen Prinzip und dem christlichen Grundsatz der deutschen Volksgemeinschaft. Die Zentrumspartei ist entschlossen, die Arbeit für nationale Erneuerung, für Wiedergewinnung innerer Kraft und äußere Freiheit nur in Verbindung mit den christlichen Grundsätzen des Christentums zu leisten, zum Unterschied von anderen Parteien, die für das Privatleben des Christentums gelten lassen, die „hohe Politik“ aber von den Fesseln der „privaten“ Moral befreit wissen wollen. Die Zentrumspartei lehnt den „nationalistischen Egoismus“, den „brutalen“ Machtgedanken ab, sie hält an der tiefen christlichen Idee der friedlichen Völkerverständigung fest, die den Triumpf des Rechtes über die bloße Macht voraussetzt.

Für Reichseinheit, gegen Zentralismus.

Die innerpolitischen Richtlinien betonen die Achtung der Staatsform und der Staatsordnung, wenn sie auch nicht den eigenen Idealen entsprechen. Nur eine Grenze der Staatsgewalt muß das Zentrum festhalten: das natürliche Recht und das göttliche Gesetz. Die Reichseinheit ist nach fester Tradition die wichtigste Voraussetzung für die nationale Lebenskraft unseres Volkes. Ebenso traditionell ist die Ablehnung der zentralistischen Tendenzen, die schonende Rücksicht auf das Eigenleben der Völker.

Sozialpolitische Aufgaben.

Unter den sozialpolitischen Richtlinien werden hervorgehoben das Prinzip der Steigerung der Produktion und eine besondere Rolle nicht in den Richtlinien die Hervorhebung der sozialwirtschaftlichen Gesichtspunkte und der Grundzüge: Die Zentrumspartei will „Gefahren einer Uebermacht des Kapitals weitgehend vorbeugen“, sie ist bestrebt, die Macht der Eigentümer ständig zu mildern, die große Wirtschaft leistungsfähiger Eigenbetriebe für eine volkswirtschaftliche und staatspolitische Notwendigkeit, sie fördert den Mittelstand aus sozialer Mühseligkeit und um des gesunden gesellschaftlichen Aufbaues willen.

Religiös-christliche Kulturpolitik.

Als stärkung des grundsätzlichen Zelles der Richtlinien sind die kulturpolitischen Abschnitte gedacht, wobei die bekannten Gesichtspunkte der Partei im Vordergrund stehen und eigens betont wird: Die Zentrumspartei kann sich auf die Dauer nicht damit begnügen, für die Anhänger der religiös-christlichen Weltanschauung das bloße Existenzrecht innerhalb des deutschen Kulturkampfes zu erziehen. Vielmehr werden folgende wichtigsten kulturpolitischen Aufgaben vorgeschrieben: Die Pflege der christlichen Kulturverbreitung, der Religion, Kirche, Sittlichkeit und christlichen Familie, wobei die Toleranz aber als unverzichtbare Regel des bürgerlichen Zusammenlebens hochgehalten werden soll.

Diese Richtlinien will die Partei nicht erst bei einem Wahlkampf, sondern sofort im Lande propagieren. Sie wurden im Anschluß an das Referat einstimmig genehmigt.

Deutsches Reich.

18. Januar 1922.

Verordnende Kundgebung der deutschen Landwirtschaft. Als Wähler der vom 23. bis 27. Januar tagenden zweiten jährlichen landwirtschaftlichen Woche wird der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft am 27. Januar in Dresden eine Kundgebung der gesamtdeutschen Landwirtschaft veranstalten, die das geschlossene Einleben der Landwirtschaft in das nationale Leben zum Ausdruck bringen soll. Es werden folgende Vorkurs zu a. Preußen als Vorsitzende der großen landwirtschaftlichen Verbände: Eder von Braun, Abg. Dr. Heim, Landesökonomierat Hohenberg, Freiherr v. Klering, Dr. Mehnert, Freiherr von Sperlingem, Abg. Wachsopf de Reute, Freiherr von Hagenau und Fürst Hohenburg.

Die Aufgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vor Gegenstand der Beratung in der Kommission des Reichswirtschaftsrats. Der neue Entwurf soll dem Gesetz von 1921 eine Form geben, die es ermöglicht, das Einkommen aus der Abgabe nicht zur Verzinsung und Tilgung von Anleihen wie bisher, sondern auch zur unmittelbaren Gewährung von Darlehensrückstellungen zu verwenden, und dazu die Abgabe auf das Einkommen erhöhen. Die Beschaffung dieses Weges wurde vom Reichswirtschaftsrat schon am 27. Februar 1921

In seinen Verträgen zur Verpachtung der Wohnraumnot und später auch in einer Entschädigung des Reichstages vom 19. November gefordert. In der Erweiterung stellte sich die große Mehrheit des Ausschusses erneut auf den schon früher in den Verträgen vertretenden Standpunkt und trat damit für eine Erhöhung der Abgabe auf 100 Prozente entsprechend der Abänderung des Artikels 1 Ziffer 2 des Entwurfes wurde mit 14 gegen 8 Stimmen angenommen; Ziffer 3, die den Betriebsverhältnissen des Reichs eine Sonderstellung sichern wollte, wurde getilgt. Die so abgeänderte Vorlage wurde mit großer Mehrheit gutgeheißen.

Die interalliierte Militärkontrollkommission. Die Interalliierte Militärkontrollkommission hat ihre Aufhebung und sonstige Befugnisse am Gründungstage des Deutschen Reichs im besetzten Gebiet verboten. Ferner hat die Interalliierte Militärkontrollkommission den Betrieb der nachfolgenden Blätter im besetzten Gebiet verboten: „Vorfr. Willmann, Der Kamenlohn“ von Weinholt Eißner, erschienen im Universitätsverlag München; die „Vorfr.“, „Gesandte deutsche Frauen“, herausgegeben von dem Zeitschriftographen Werfen.

Eine Unterabteilung der Entente-Kommission. Die interalliierte Militärkontrollkommission in Berlin hatte zu Weihnachten eine Gläubigerliste anfertigen lassen, auf der das Brandenburgische Tor mit aufgeführten französischen, englischen, italienischen und japanischen Forderungen dargestellt ist. Wegen dieses unerschämten Vorgehens hat die Kommission interalliierte Militärkontrollkommission Protest erhoben worden.

Neue polnische Freireisen in Oberschlesien. Das Breslauer „Acht-Uhr-Abendblatt“ teilt mit, es habe aus unternichteten Warschauer Kreisen erfahren, daß die Ernennung von vier neuen französischen Militärpräsidenten neuerlich in Warschau die polnischen Kreise auf sich gezogen habe. Schon nach den ersten Nachrichten über eine Militärreise in Frankreich waren die früher und Generalstabsoffiziere der polnischen Truppen in Oberschlesien nach Warschau geeilt, um von dort neue Instruktionen zu holen. Die Polen hielten nur einen Augenblick an der Bekämpfung polnischer Interessen mit der Waffe in der Hand ein, sondern haben die Waffen sofort niedergelegt. Denn die kommunistischen Gruppenarbeiter in Oberschlesien sind bereits nicht eingeleitet. Die weitere Ausbreitung des Streiks wird natürlich für den Vorzug der gegenwärtigen Arbeiter in die Straßen zu ziehen.

Frankreichs Rheinpläne. Wie die „D. N. Z.“ erfährt, hat Briand in Cannes bei einer privaten Zusammenkunft mit Lloyd George von dem französisch-belgischen Militärabkommen gesprochen, nach dem sich u. a. beide Staaten verpflichten haben, während der im Friedensvertrage vorgesehenen Übergangszeit im Rheingebiet ein gemeinsames Militärkorps zu bilden, das die Sicherheit im Grenzgebiet zwischen Frankreich und Belgien zu gewährleisten und auch gegen Angriffe von außen her sicherzustellen. Briand konnte mitteilen, daß diese Bestimmungen im Hinblick auf „erfreuliche Fortschritte“ gemacht hätten.

Die Verhandlungen der Beamten. Die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzminister und den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs haben zu einem Einvernehmen geführt, das in seinem grundsätzlichen Teil von den Unterhändlern der Organisationen nur unter Protest hin-

genommen wurde. Da die endgültige Entscheidung beim Reichstag liegt, hat der (christliche) Gesamtverband deutscher Reichs- und Staatsbeamten eine Eingabe an den Reichstag, in dem er bittet, eine „Aktion“ zu ergreifen, die die Beamten vor dem Ausbruch eines Mißbehaltens einer eventuellen Aufbesserung werden 3000 M. genannt. Für die Arbeiter wäre dieser Betrag in Lohnformen entsprechend umzurechnen. Im Osten, wo den Arbeitern Lebererweiterungsaufträge gewährt werden, werden ähnliche Forderungen für die Beamten gefordert. Des weiteren wünscht man die Einführung der Kinderzulage und eine einheitliche Befestigung derselben, die Auswirkung aller Verbesserungen auf die Löhne, die Beamten im Vorbereitungsdienst, die Pensionäre, die Sozialrentner aus Reichsbetrieben und die Hinterbliebenen. — Der Deutsche Beamtenbund, dessen Vorstand die Eingangsentscheidung der Regierung absieht hat, bei gleichfalls eine Eingabe mit ähnlichen Forderungen an den Reichstag gerichtet.

Der neue amerikanische Vorkauf in Berlin. Wie amtlich erklärt wird, hat die deutsche Reichsregierung ihre Zustimmung zu der Ernennung des Mitglieds des Repräsentantenhauses Manly Houghton zum amerikanischen Vorkäufer in Berlin erteilt. Somit steht nun auch die baldige Ernennung eines deutschen Vorkäufers in Washington bevor.

Reichstagsler Witz über das Steuerkompromiß. Berlin, 17. Januar. Auf dem Zentrumsparteitag hielt Reichstagsler Dr. Witz eine Rede, in der er u. a. sagte: Gannes ist der größte Erfolg unserer Politik der Gebuld. Zu den nächsten Tagen wird hoffentlich ein Steuerkompromiß zustande kommen. Es ist insolge der Haltung der Sozialdemokratie ein solches Kompromiß nicht möglich, dann wird unsere innerpolitische Lage scheitern und man muß sich einer neuen Regierung anschließen. Nach der Rede des Reichstagslers wählte der Parteitag den bisherigen Vorsitzenden der Partei Abg. Marx wieder.

Vor dem Reichstag des Steuerkompromisses. Berlin, 17. Januar. Wie in gutunterrichteten parlamentarischen Kreisen erklärt wird, ist das Zentrum und die Reichsvereinsparteien nunmehr zustandekommen. Es bedarf jedoch noch der Zustimmung dieser beiden Fraktionen selbst. Auch wurde sofort eine Besprechung im Reichsfinanzministerium mit den Vertretern anderer Parteien, auch der christlichen Volkspartei, anberaunt, in der über die dem Inhalt des Kompromisses bekannt gemacht werden sollen.

Zünf deutsche Delegation für Genoa. Berlin, 17. Januar. Wie offiziell bekannt wird, werden die Vorschläge in Genoa durch drei bis fünf, die kleinen Staaten durch zwei Delegierte vertreten sein. Die Reichsregierung wird voraussichtlich fünf Vertreter entsenden.

Deutsche Volkspartei und bayerische Regierung. München, 17. Januar. In einer Sitzung des Wahlkreisvorstandes der Deutschen Volkspartei ist einstimmig für den Eintritt der Partei in die bayerische Regierungskoalition Stellung genommen worden.

Berlin, Am 30. Januar findet in Berlin eine Tagung des Gesamtverbandes des Deutschen Reichsbeamtenbundes „Vorfr.“ statt.

Auslands-Rundschau.

Neuwahlen in Ungarn. Die ungarische Nationalversammlung soll am 16. Februar aufgeführt und Neuwahlen ausgeschrieben werden. Die Kandidaten aller Richtungen haben sich unter Führung Andrássy, Appony und Friedrichs zu einem freien Block gegen die Regierung Gorthy-Beitlen zusammengeschlossen. Die neue von dem Ministerpräsidenten Grafen Beitlen vorgelegte Wahlordnung verlangt für das Wahlrecht von allen Männern mindestens 24 Jahre, Lesen und Schreiben, Unfähigkeit an demselben Orte, bei

den Frauen Abwesenheit einer Wohnstätte oder selbständigen Erwerb, über drei Kinder oder Söhne von Staatsbeamten. Die Abstammung soll in den Wahlen geheim erfolgen, in den Wahlen aber öffentlich. In der Nationalversammlung wurde gestern ein Antrag eingebracht, die Nationalregierung möge das Gesetz über den Schutz des Stimmzuges außer Kraft setzen und zulassen, daß eine republikanische Partei nicht als strafbar erklärt wird.

Italien und der englisch-französische Garantievertrag. Auf den von London mit geteilter Zustimmung, Italien in irgend einer Form an den englisch-französischen Garantievertrag anzuschließen, wurde in einer englischen Note verneinend beantwortet. Italien, heißt es in der englischen Note, liegt einseitiger als Frankreich, denn große natürliche Grenzen schäfen seine Grenze und trennen es von seinen ehemaligen Feinden. Es habe daher nicht die Verpflichtungen zu teilen, von denen der Garantievertrag zwischen Frankreich und England gegen einen nicht veranlaßten und plötzlichen Angriff geteilt wurde. Immerhin bietet Großbritannien den verbündeten Staaten, einer nie verlassenen traditionellen Freundschaft gemäß, eine Mitarbeit an der Schaffung eines europäischen Sicherheitsbündnisses, das die Interessen aller am zweifelhafte geborgen sein wird. Die Konvention von Genoa gelte diesem Zweck, und Deutschland und Rußland werden sich damit wohl einverstanden erklären.

Poincarés Unterredungen mit Curzon und Lloyd George. Die Konferenz der Minister des unabhängigen Frankreichs, Englands und Italiens, die in Paris aufsteht, an die Konferenz von Genoa hat sich angeschlossen, um die Orientfrage zu verhandeln, ist verfallen worden. Poincaré hatte eine lange Unterredung mit Lord Curzon. Sie drehte sich im wesentlichen um das Abkommen von Angora. Wie aus den englischen Blättern hervorgeht, ist die Besprechung zwischen Lloyd George und Poincaré keineswegs in so durchgehenden Vernehmungen, wie dies die französischen Zeitungen wissen wollen. Die Besprechung hat auch zu keinem bestimmten Resultat geführt. „Daily Chronicle“ weist darauf hin, daß einer der Hauptdifferenzpunkte im Verlangen Poincarés gelegen habe, aus dem ursprünglichen zwischen England und Frankreich vorgezeichneten Garantievertrag eine französische Militärpräsenz nicht darüber im Zweifel gelassen, daß England über eine Garantie der französischen Grenze von 1869 nicht hinausgehen und eine dauernde Besetzung deutschen Gebietes nicht garantieren könne. Was Mittelungen des „Main“ geht hervor, daß Poincaré es in diesen Unterredungen nicht vermocht hat, Genoa zu überzeugen, daß die Teilnahme Deutschlands und Rußlands an der Konferenz von Genoa von der vorherigen Erfüllung gewisser Bedingungen abhängig gemacht würde. Die Einladungen nach Genoa sind endgültig und an keine Bedingung geknüpft.

Die erste Regierung in Irland. Dublin, 17. Januar. Im hiesigen Schloß hat soeben der Bischof von Irland den acht Ministern der einseitigen Regierung des Freistaates die Regierungsgewalt übergeben, die seit 700 Jahren von den Vertretern Englands ausgeübt worden. Die Besetzung dieser Würdigung hat in Dublin große Freude hervorgerufen.

Frankreichs gestrichelte Politik. London, 17. Januar. Daily Express schreibt zu der Annah. der Resolution Mac Cornia durch den amerikanischen Senat, diese könne als erste Antwort der Vereinigten Staaten an die neue mitteleuropäische Regierung Frankreichs angesehen werden. Die französische Politik drehe die wirtschaftliche Entwicklung des Mittelmeeres und damit die Unterredungen für eine Generation zu verhindern. Ein Bild in die französische Presse von heute zeige die vollständigste Unfähigkeit der Franzosen, die Welt zu erkennen, in der die Weltseitigkeit seit Wendung des Krieges lebe.

Der Sternsteinhof.

Eine Vorige Nacht von Ludwig Anzengruber. (Nachdruck verboten.)

Der Burige blühte dem Allen frohig in das Gesicht. „Dann mer ich sein“ Widder“ erlaubt ist, was mit ich denn machen? Gut, so frohig“ ich halt“ dich. Es ist mer nur dich, daß ich doch meistens selber dich bestimme kann, wann das sein soll und du bist“ ich auch mit jede Widder“ aus! Mich“ schon sein, weil ich dirüber ist alt werd“ in acht Wochen ist dichjeist.“

Im dem braunenden Gelärme, das jetzt losbrach, erschau ein unackultierter Scherz des Sternsteinhofes.

„Wirt! Wirt! Wirt!“ — „Jetzt weißt, an wen du dich“ halten hast!“ — „Der Sternsteinhofer zaht!“ — „Hüll ein“ freischen ein!“

Man schüttelte dem Allen die Hände, er stand und karrte sprachlos vor sich hin; er sah als der Käse-Brennerei hingucken, und ihn mit beiden Armen an den Schultern rüttelnd, rief: „So halt richtig“ gnommen du Himmelstafel, du?“ No, sein dir vergnügt dich zwei Kronen“, sein dir vergnügt, was“ dein Wub“ so gut aus mer“er Dirn“ meint!“ Da schien der Sternsteinhofer wieder zu sich zu kommen, er ließ den Vagen zur Seite, wich mit dem Kopf nach dem Wirt, was er zu sagen, so eben die reich gefüllten Krüge hingestellt wurden, einer freundlichen Einladung gleich erwiderten, dann sagte er den Toni über dem Elbogen, mit einem Griffe, aber den der Burige einen lauten Aufschrei nur mit Nähe verließ, führte ihn aus der Stube, setzte ihn in einen hinteren Gang, er an den Flür Weg und wachte im dort in einem kleinen, abgetragenen, lang elandigen, leuchtete er, mit“ in Reichthümlichen schlag ich die in Schadel ein beim Heimfahren und schmeiß dich in“ Straßengraben.“

„Wirt nährlich“, ätzte der Burige, mit bezerremt Gefühle sich unter dem harten Griffe des Allen trümmend, was hab“ ich dir denn“ glanz?“

„Wagartel mit“ Gedes, um“ Wans und Hof hab“t mich betrogen!“ Er schied den zahnenden Burigen an sich und warf ihn an die Wand, das es dröhnte. „Mit“ wachm rühr“ mich an!“ freische er. „Mich“ mich mit an, sonst“ schreit“ ich um Hilf!“ — „Ich weiß von nitz. Und wann“s war“, wie du denkst, wer hat dich denn weiter“ absetzen, wer hat dich denn gewonnen,

Wirt und Handstich zu geben?“ Das alls halt freiwillich und ehrlicher“ sich“ mocht“ in der Ausnahm“, wenn du dir nicht merken laßt, als wenn du Lärm schlagst und auf“n Hof zu“n Wirt“ in Leuten als der g’pöthte Steib“schiede unter“n Augen gehst.“

Toni verstand sich überhaupt nicht darauf, seinem Vater einen Wirt zu geben, er wollte nicht, er wollte freige aber, der jetzt aus demselben leuchtete, war doch etwas gar zu unbedeutend. Hätten Wirt die Macht zu verfeinern, zu verengen, zu verzögern, der Burige wäre nicht lebend von der Stelle gekommen. Wirtlich kramte sich dem Allen der Mund und die ganze Unterpartie des Gesichtes zusammen, als ob er eine unerste herbe Frucht zwischen den Zähnen hätte. Er setzte dem Burigen den Rücken zu und schritt langsam nach der Gaststube zurück.

Dort lag er, in sich gefestert, wortlos und leerte fleißig sein Krügelin.

Es war spät am Nachmittage, als sechs Bauern den Sternsteinhofer hinaus nach dem Schulden trugen. Einer ging dem Zuge mit einer Fahne voraus, es war eigentlich ein Weisheit, an dem ein Wirtlich flatterte, sie war denn geknickt, als man den Volkstrümmen in das Kordig-leichte eines Wägelchens auf Stroß bettete. Man legte ihm, hart der Felleinwider, Spielkarten auf die Brust, um er gewiss zu sein, daß man den Spahngel an den Kopf werfen konnte, der sich eben anstielte, im lautenelosen Vorberetere eine Dankagung der „tuffenbrüden Himmelblöden“, an die „göhdren, vörschmüßd“ Annschönd“, herauszuliefern.

„Halt“, zu, halt!“ sagte der Trumtere.

„Hält“, Wirt, Kästere!“ rief der Toni vom Auffstod. „Du siehst, heut“ kann ich nicht abkommen. Größ“ mer“ d’alt.“

Der Wagen kassete davon und hinterher liefen die adel gewonnenen Bauern und sahen mit breiter Wädhlen und ersten Augen auf die gefallene Gedde herab, die vor ihnen lag, und die sie nicht abgeben wollten. Der Wirt hat bei Hof der Bauer die schweren Ader und Herte die keimhaftelosen, gleichmütigen Tiergeflüchte: an, mit einem leisen Fluche schloß er dann wieder die Augen; sah er aber die beiden Pferde die erste zusammenstößen, als hätten sie, Winder was, heimlich miteinander, so geriet er in Wut und traftratte sie mit Faustschlägen durch ihr Gefäßen und Schlägen geriet sie dann das Wägelchen hinter sich und Toni hatte alle Mäße, sie wieder zu beruhigen.

Diese kleine Weidwer vermochte jedoch nicht die gute Baine des Burigen zu schmelzen, er blieb leise vor sich hin und manchmal, wenn er mit einer halben Kopfhendung hinter sich in Gerat nach dem „herumhlobernden“ Allen blickte, überkam es ihn auch, daß er laßte, aber vorlich“halber mit geschlossenem Mund.

Ja, bei den Soldaten lernt man sich auf Riffe verstehen! Wie blüßig in der Welt, trägt es auch da die Redest über den Versuch davon, das Feinleinsefeldete, was er ausstunt, verpöht und das Plumpste, was oft mit Händen zu greifen, gemint. Der Toni überließ sich der ungerühelosen Freude über den Erfolg seiner „Kriegsgriff“. Nur etliche Male während der langen Fahrt befähete er seinen Kopf und seinen linken Arm; wo er gegen die Wand schlug, wird es wohl heulen geben, und wo sich die Finger des Allen einsetztralt hatten, haue und brause Frieden.

„Halt“, Wirt!“ rief der Toni. „Halt“, halt!“ ich nicht daunommen können. Oh, Hüllin, biestst im Schritt! Merkst, daß’s beimzu geht?“ Kannst“t Stall mit erorden?“ Ich werd“ dir —“

Ganz nahe lag der Sternsteinhof, —

In acht Wochen Herr daran!“

Was sich im Wirtshofe zu Schwenddorf zugefagen, das kam dort wie zu Büchsenbühel noch am nächsten Sonntagabende unter die Decke und einer kung es vom Wirtin als eine „wahrhafte Neugierte“ zu, daß ihre acht ködöser der Sternsteinhofer Toni Wenn es auch eigenem Bruder d’Wirtin mit rasch ließ, das schickte, und daß der „riegelg’gen“ Alle sich so mit ein entschloß, „in d’Wub“ g’hen“, so war doch Wirtin, haben und der Wub“ geortante; es waren nur ein paar überflüßige Köpfe, die darüber schüttelten und unter sich etwas von „Augefassen sein“ verlauren ließen, aber beiläufig, was ich, denn sie gehörten zur süßen Bräderchenschaft, welche die Wirtin im Sod befestet, wohl meintend, daß sie für den Burige sein Sedetaler, dem Wirtin, dem man sie bietet, meist ein unliebbares Schaustück und dem Wirtin ein abgegriffener Großfing, den er nicht einmal gekostet nimmt.

Fortsetzung an der 3. Seite.

Der Herzog der Bürgermeister-Mord.

Die Verhandlung vor dem Schwurgericht. Der ein halbes Jahr war es, da erregte die Mordtat gegen den Herzog der Bürgermeister Basse und den früheren Herzog der Bürgermeister Werner großes Aufsehen. Jetzt sitzt der Heidelberger Bahnschmid Leonhard Eiserst auf der Anklagebank des Schwurgerichts, auf Grund zahlreicher Zeugnisse beschuldigend, die entscheidende Zeit verstrichen zu haben, die er bis zur Stunde hartnäckig leugnet. Die Anklage gegen ihn lautet nicht nur auf Mord an den beiden Bürgermeistern, sondern auch auf Mord an einer Diebstahls- und Raubmordopferin.

In der Verhandlung gab der Angeklagte zunächst Auskunft über seinen Lebenslauf. Er erklärte, daß er im Monat durchschnittlich 1000 M. an Lohn verdient habe. Nach Abrechnung seiner Ausgaben für Wohnung und Kost seien ihm etwa 700 Mark verblieben, die er hauptsächlich für Lebensmittel verbraucht habe. Nahrung habe er allerdings weder Wohnung noch Kost bezahlen können und sei schließlich seiner Wittin in Biehlhausen 1800 M. schuldig geblieben. Dem kamen noch 500 Mark, die er einem Bekannten schuldet und 100 Mark, die er sich von einem jungen Burjesei geliehen hatte. Seinen Bekannten gegenüber machte Eiserst die Mitteilung, daß er von seiner Mutter 8000 M. Erbschaft zu erwarten habe. Große Ausgaben machte der Angeklagte bei seinen Diebstählen.

Die Zeugen, die namentlich gehört wurden, hielten sich über den Mord und zu äußern. Sie stellten Eiserst im allgemeinen ein recht gutes Zeugnis aus, wenn sie sich auch nicht erklären konnten, wie Eiserst auf diese Bahn gekommen sei. Weiter werden die Mädeln als Zeugen gehört, mit denen Eiserst verkehrte. Einige Jungfrauen erklärten, wenn Eiserst die Zeit bezuglich habe, so habe er es nur aus Geldverlegenheit getan. Als dem Angeklagten verschiedene Diebstehle vorgelesen wurden, bestritt er entweder diese oder führt sie auf kindliche Streiche zurück.

Es wird auch ein Bruder des Angeklagten benannt, der mit Bestimmtheit erklärt, daß sein Bruder nicht gemeinlich sei und daß ihm die zur Last gelegten Mordtaten nicht zuzutrauen seien.

Provinz und Badharthaalen

Zachern, den 18. Januar 1922.

Die Abgabe der Anzeigenerklärungen, die jetzt in der Regel an die Finanzämter erfolgen soll, soll bis Ende Januar stattfinden. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß alle, die kein Formular für die Steuererklärung erhalten haben, deshalb nicht von der Entrichtung der Steuer freigelegt sind, sondern sich selbst um ein solches bemühen müssen. Auf die Höhe des Anlasses kommt es nicht an, jede Tätigkeit gegen Entgelt ist umsatzsteuerpflichtig. Für 1921 gilt noch der alte Steuerfuß, für das Jahr 1922 wird der vom Reichstag zu beschließende höhere Satz Kraft gewinnen.

Verunglückt. Am Dienstag Mittag wurde der im Tagebau am Bahnhof Ludwau beschäftigte Arbeiter Franz Schimms aus Stößen durch plötzliche herabfallende Erdmassen verunglückt. Der Verunglückte konnte aber nur als Leiche geborgen werden.

Die Ignoranz der Hofbesitzer wurde der Hofbesitzer Baanertzsch, Walter Schmeißer aus Schöps in das Knappschloß auf den Höhen des Schloßes. Beim Anpassen eines Wagens rutschte die benutzte Kralpe ab und traf den Schmeißer mit voller Wucht an den Kopf.

Meisburg. Beide Weine abzuführen wurden auf dem Weinweg nach dem 46jährigen Erbenknecht Paul Brauer aus Meisburg beim Ueberfahren der Brücke durch ein Solomotor. Er war sofort tot.

Halle. Trotz erfolgter Abmahnung verdichtet sich das Gerücht von Unregelmäßigkeiten im Verwaltungsbereich des Eisenbahn-Eisenbahnverkehrs Halle zu der Behauptung, daß neben einer erheblichen Unterzahlung auch die Angelegenheit des Verhältnisses eines sehr beträchtlichen Sozialrentenabbaus auf dem Wege Halle-Magdeburg der Staatsanwaltschaft zur Verfügung übergeben ist.

Politik. Der Minister des Innern verleihe die Auflösung anderer sein seit längerem seit Ueberlegung der Merkmale der Sozialisten beschleunigt den Sonderverordnungen.

Magdeburg, 18. Jan. Einem ältesten Mitglied des Reichstages wird im Magdeburger Hofgasthof an die Tische-Salonette ein Uferstein von 550 m Länge auf 30 Jahre verpackt werden. Die Stadt erhält keinen Pfandzins. Dieser wird vielmehr kapitalisiert und der deutschen Schuld zugeschrieben. Ferner muß die Stadt einen Anker schuppen, um elektrische Krane und die dazu gehörigen Seile der Tische-Salonette als Bietet um übertragen.

Meisbach, 17. Jan. Mit einem großartigen Pläne trägt sich die hiesige Brauereibetriebe. Er will für das Meisbach mit einem Kofenaufwand von 40-50 Millionen M. ein Brauwerk bauen. Bei dem Dorfe Falkenberg sind bereits Vorarbeiten statt, die auch den genauen Erfolg haben sollen. Wenn der Bau des Brauwerkes Anlage werden sollte, dann würde wohl jeder Gemeinde des Meisbach eine große Gabe abgeben.

Meisbach bei Coburg, 16. Jan. Der Hauptlehrer Fritz Herold ist verstorben und dem Amtsgerichtspfandzins zugewiesen worden. Wie verlautet, handelt es sich um städtische Beschäftigten, die sich H. angeblich gegenüber Schulmädchen hat zuschanden kommen lassen. Der in Unterzahlungsgehalt Genommene ist erst vor einigen Jahren in den hiesigen Schuldienst eingetreten und war vordem in Meisbach angestellt. Wie das hiesige Tageblatt erzählt, hatte sich Herold, insofern der Vorgänge, die in den letzten Wochen vor seiner Anstellung im Amt abspielten, als Lehrer nach Meisbach (S. M.) gemeldet, war dort für die Mittelschule gewählt und auch bestätigt worden.

Erurt, 16. Jan. Wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz vom 9. Juli 1884, hatte sich am Sonnabend vor dem hiesigen Schwurgericht der seit Mai 1921 in Unterzahlungsgehalt befindliche Arbeiter Alfred Schmidt aus Erurt zu verantworten. Er soll im März d. J., zu der Zeit, als ein Teil des Eisenbahndrucks an der Steigbahn in Erurt in die Luft gesprengt worden war, Sprengstoff im

Stück gehabt und diesen nach dem kommunikativen Versammlungstafel gebracht haben. Ein Zeuge, der wegen Teilnahme an der Sprengung gegenwärtig sechs Jahre Zuchthaus verbüßt und in einem Protokoll den Angeklagten direkt befehligt hat, widerlegt dies mit der Behauptung, er habe, um den ihn betreffenden Kommissar los zu werden, diesen etwas vorgelegt. Die Schwürerinnen bezeichnen die Schwärgerin, woraufhin der Angeklagte freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen wurde. Im Zuchthaus erlitten Verbrechen.

Berlin, 18. Jan. In Sachen Kraft ein Eisenbahnverkehr. Die Stimmung ist sehr gerippt, da man mit den Zugentlastungen der Regierung nicht zufrieden ist.

Berlin, 18. Jan. Der Bürgerrat protestierte in einer Kundgebung an den Vorstand des Reichsbürgerrates gegen die Auslieferung deutscher Männer und Frauen als Kriegsverbrecher.

Berlin, 18. Jan. Wie ein Korrespondent von unterrichteter Stelle erzählt, beklagt sich Deutschlands Getreideernnte im Jahre 1921 an Roggen und Weizen auf 9999647 T. an Getreide auf 1935995 Tonnen, zusammen 11878642 Tonnen. Davon sind durch Umlageverfahren 2500000 T. erfährt, was ein Fünftel ausmacht. Eingegangen sind ebenfalls dieser aus dem Umlageverfahren nur 1800000 T., was 72 Proz. des Umlagebetrags ausmacht. Die Erzeugung an Getreide betrug 5 004 988 T., an Kartoffeln 26 351 380 T.

Vermisslichte.

Die Furcht vor dem Todesurteil. Im Berliner Gefängnis nach aus Todesangst am Herzschlag der Kaufmann Koppe, der zusammen mit dem Kaufmann Freytmund vom Schwurgericht wegen Diebstahls und Raubens zu lebenslänglicher Zuchthaus verurteilt wurde. Koppe hatte den Körperbruch der Geschworenen mitterhandelt und wählte sich zum Tode verurteilt. Er wurde von einer furchtbaren Todesangst ergriffen. Der Angeklagte drückte bereits in der Anklagebank zusammen und erholte sich erst etwas, als sein Verteidiger ihm sagte, der Kopf würde es nicht kosten. Die Aufregung konnte sich aber nicht beruhigen. In der zweiten Nacht nach seiner Verurteilung starb er, wie erwähnt, am Herzschlag.

2068 Proz. Gewerbesteuer in Halle. Durch die Eingruppierung von Halle in Drückklasse II ist die Stadt in große finanzielle Schwierigkeiten geraten. Die dadurch erhöhte Beamtenbesoldung hat den Magistrat bereits gezwungen, die Gewerbesteuer auf 2068 Proz. zu erhöhen. In einer Verhandlung der hiesigen Unternehmerverbände wurde die Erklärung abgegeben, daß 1500 Proz. das höchste seien, was die hiesigen Firmen auferlegen könnten. Das städtische Finanzdezernat dagegen hat die Erklärung abgegeben, daß die Stadt bei den Banken keinen Kredit mehr bekommen würde, wenn die Steuererhöhung des Magistrats nicht durchzuführen wäre.

Ein deutscher Dampfer für England. Der in Hamburg bei Blohm u. Voß für die White Star Line fertiggestellte Dampfer „Komier“ hat seine Probefahrt glänzend bestanden. Der 35000 Tonnen große Doppelstahlschraubendampfer hat über 21 Meilen Fahrt gemacht und damit mehr geleistet, als in der Probefahrt vorher. In einer Veranstaltung der hiesigen Zeitung, die deutschen Gewerbetreibenden und deutsche Kunst in hiesigen Mädeln erfreulich ließ, fand Bewunderung und Anerkennung.

Der Stand der Welt. Es hielten nach den amtlichen Nachrichten der Berliner Börse am

100 holländische Gulden	17, 1.	16, 1.	1914
100 holländische Franken	6843	6768	80, -
100 holländische Kronen	1458	1448	80, -
100 holländische Kronen	3716	3671	112, -
100 holländische Kronen	4620	4575	112, -
100 holländische Kronen	814	804	80, -
1 englische Pfund	167	154	4,20
100 französische Franken	1525	1510	80, -
100 holländische Franken	6221	3566	80, -
100 holländische Kronen	311	305	80, -

Die Hinterpforte in Hamburg. Die von der Reichsfinanzverwaltung erzielte über den Berlebe vom Wehen nach Hamburg verhängte Hinterpforte hat der Senat an den Reichsfinanzminister ein Telegramm des Inhalts gerichtet, daß die sich immer wiederholende Verlebenspore eine völlig unerblickliche schwere Schädigung des Hamburger Handels sei, daß der Senat die Reichsfinanzverwaltung ersucht, die Hinterpforte der Strecke nach Hamburg schleunigst zu ordnen, daß die jetzige Hinterpforte baldigst wieder aufgehoben und weiterhin Vorkehrungen gegen ihre Wiederverhängung getroffen werden. Der Schiffahrtsverkehr gehe unter der Wirkung der Hinterpforte aufstrebend zurück und eine starke Abwanderung der Handelskapital nach ausländischen Häfen sei bereits heute festzustellen.

Der Stand der Welt. Es hielten nach den amtlichen Nachrichten der Berliner Börse am

Wochentage. Die Hinterpforte in Hamburg. Die von der Reichsfinanzverwaltung erzielte über den Berlebe vom Wehen nach Hamburg verhängte Hinterpforte hat der Senat an den Reichsfinanzminister ein Telegramm des Inhalts gerichtet, daß die sich immer wiederholende Verlebenspore eine völlig unerblickliche schwere Schädigung des Hamburger Handels sei, daß der Senat die Reichsfinanzverwaltung ersucht, die Hinterpforte der Strecke nach Hamburg schleunigst zu ordnen, daß die jetzige Hinterpforte baldigst wieder aufgehoben und weiterhin Vorkehrungen gegen ihre Wiederverhängung getroffen werden. Der Schiffahrtsverkehr gehe unter der Wirkung der Hinterpforte aufstrebend zurück und eine starke Abwanderung der Handelskapital nach ausländischen Häfen sei bereits heute festzustellen.

Der Sternsteinhof.

Am Montage nach der Sternsteinhofer noch nicht im Stande, aber seine Lage nachzudenken, den Schmerz erparke ihm ein Weib, nämlich Kothsch; er hatte eines von ihnen, wobei dem Menschen vorräumt, das Oberflächliche wäre rein ausgeräumt und es sich ein fleißiger Fleißer darinnen und bohrte und sagte und hämmerte, einmal mit hohem Hammer, dann mit stumpfen Schlägel. Bis er Feierabend macht, verendet man einen Tag nie nichts.

Dienstag ging der Bauer seinen gewohnten Beschäftigungen nach, doch erregte es ihn nochmal der Senfzer: „So, ja mein Lieber Hof, bist fimmst bald ist ohne Säub“! Mitworts berichte ihn der Oberflächliche: Die hiesigen Hände mühen wohl mehr die fleißigsten noch die geschicktesten sein. Am Donnerstage beehrte er das „arme“ Anwesen, das ihn, seinen alten Herrn, gewiß schmer vermessen werde, aber er könne leider nicht helfen, Einmengen sei seine Sach mit Freitage war er zu der Ueberzeugung gelangt, daß ohne ihr alles hinter sich gehen müßte und Sonnabends beruhigte ihn vollends die Schlaflosigkeit. Bei der hinterlistigen Weisheit, mit der sich der junge Bauer und die Schwiegermutter hier eingedrängt hätten, könne kein Segen sein, die Weiden mühen's heißer auszubauen haben, als sie gedächten, bis ihnen schließlich der Hof unten durchwühlte und sie in D. f. zu fügen können; diese früheste Vorzeichen, die ihm in viel drastischeren, nicht gut wiederzuergebenden Bildern vor ihm glühigen Auge schwebte, verordnete ihm mit seinem Schicksal, so daß er Sonntag zu Schenkehof vor der Kirche Kästlermartsells Saal so freundlich und väterlich begrüßte, als er es eben vermochte und wie es von ihm eigentlich gar nicht zu erwarten stand.

Nur ab nachdem ihn nur noch zwei Dinge in Anspruch, die Vorbereitung zur Hochzeit und die Errichtung seines Ausgebings, denn eine Hochzeit wollte er „zurüsten“, aber welche die Leute von nah' Wäuler und Augen aufreizen und die von ferneher die Hälfe darnach recken sollten und auf einen Ausgebings' wollte er Hand wie sonst im Lande. Der „falsche Notarius“ der den Vertragsaufsatz aufzulegen durfte, mußte auch die Schenkungsurkunde niederzulegen, durch welche der Sternsteinhofer Haus und Hof mit aller Liegenschaft und Gründen und ein gut Stück Bar Geld dazu seinem Sohne als eigen übergab, den Rest seines Erparten jedoch, samt der kleinen Kasse, einige genau bestimmte Grundstücke, die er nicht abgeben wollte, eben so genau beschriebene Stücke Viehes behielt der Alte für sich, sowie auf der von Zuchtgehilfen abgetehrten Gemeinheit des Hügels einen Teil des Gartens und daneben etwas Grund, dort wollte er sich anbauen, und wenn das Hänschen nebst den Ställen unter Dach sein wird, mit all seinem Eigen darin überheben, bis auf die Zeit aber, so war es auszubringen, sollte die „Eierne“ an Ort und Stelle sein. Die in den gemeinsamen Stallungen und in seinem Kämmerlein unangefochten beliebt haben, denn er war vorläufig genug, sich nicht der Gefahr auszusetzen, etwa gelegentlich eines Streites mit allem ihm und auf vor das Haus gesetzt zu werden und die er noch ein solches hatte, einen „armen Wobrandler“ gleich, unter Getümpel und stöhrenden Vieh ratis dazufügen.

Kästlermartsells Saal schien wirklich nicht von solch, wenigstens heute an ihrem Eintreten ihrer nunmehrigen Würde, als junge Sternsteinhofsherrin, einobenz, ging, fand, sah und tat sie so hübsch, daß zum darüber lachen mußte, aber er gefand sich auch, daß sie aus gutem Holz wäre.

Daß diese seine Wäuerin sich nicht gegen ihn auflehnen werde, dessen war er gewiß, er hatte die acht Wochen über, Zeit genug sie kennen zu lernen, und es hätte dazu nicht einmal so vieler Tage bedurft. Die Strenge, die in ihrem etwas spärlichgeleitener Gesicht lag, deutete auf Selbstbewußtsein und enntle Auffassung eigener und fremder Pflichten, aber galt nur den Zeiten, um sich nichts zu vergeben, galt nur dem Gesinde, um es nicht lästig werden zu lassen, dem Manne nicht, dem Brauch das dunkle im städtischen Menge schimmernde Auge und nur das; das junge Weib war eines jener Geschöpfe, die mit einem Blick auf den Mann, wie ihn durch's Feuer gehen, wenn es sein müßte, ihm aber hinstehende ihr Loblied singend zurückhören und das eine so selbstverständliche Händchen mit das aneben.

Es war nach Mitternacht, als die Hausgeheuer, deren Erbs- und Bastelnium wohl einwermahen gestrichelt sein mochte, mit einmal die Abwesenheit des Bräutigams und der Braut wahrnahmen, eine Entdeckung, die großen Lärm und einen Unwandel bezeugte, aber keineswegs neuer Wege veranlaßte. Alle (Zurücklegung folgt).

Kasalab-Extract
eingetroffen
Drogerie Eitze
Oberstr. 5.

Reiniger Turnverein
E. V. D. E.
Generalversammlung
Freitag, den 27. Januar
8 Uhr im „Löwen“.

Fahrplanbücher
für Winter 1921/22
Std. 2.50 und 4.50 M.
eingetroffen bei D. Eiserstern.

1. Kassenbericht.
2. Wintervergütung.
3. Anträge zum Gantag.
4. Festlegung der Vereinsbeiträge.
5. Wahlen zum Turnrat.
6. Verschiedenes.
Der Geschiedene der passiven Mitglieder ist erwünscht.
Der Turnrat.

Telephon-Verzeichnisse
sind wieder vorrätig in der
Geschäftsstelle des Blattes.

Bekanntmachung.

Zur Bewilligung einmaltiger Beschlüsse der anberühmten Angehörigen der am 1. Dez. 1921 nach nicht heimkehrten oder d. r. unmittelbar nach der Heimkehr in Besorgungslagerstätten aufgenommen und am 1. Dez. 1921 wieder stationärer Behandlung nach darin fründlichen Kriegsgefangenen hat der Herr Reichsmarschall der Finanzen Mittel zur Bewilligung gestellt.

Als Kriegsgefangene sind außer den in Frankreich zurückgebliebenen die noch in Ausland und Sibirien befindlichen Kriegsteilnehmer anzusehen, von denen seit 1. Januar 1919 noch Lebenszeichen eingetroffen sind oder nicht erwiesen ist, daß sie in der Zwischenzeit verstorben sind. Dagegen sind Kriegsgefangene, von denen seit diesem Tage Lebenszeichen nicht mehr eingegangen sind, als Vermisste zu behandeln, so daß ihren Angehörigen die Beschlüsse der Beschlüsse nicht gewährt werden kann. Lezteres gilt auch für die Angehörigen der nachweisbar schon gestorbenen Kriegsgefangenen.

Als Angehörige kommen in erster Linie Frauen und Kinder in Betracht. Als Kinder gelten neben den ehelichen auch leihweise, Adoptiv-, Stief- und Pflegekinder, wenn sie von dem Sponsoringangehörigen unentgeltlich zu unterhalten waren sowie uneheliche Kinder, sofern die Vaterchaft festgestellt ist. Ferner können sonstige Angehörige berücksichtigt werden, denen auf Grund des Familienunterstützungsgesetzes Anspruch auf Familienunterstützung zusteht.

Die Anträge auf Beschlüsse sind bis spätestens **31. März 1922** beim Kreisamtschef — Amtliche Führungsstelle — anzubringen. Später eingehende Anträge können bestimmungsgemäß nicht berücksichtigt werden.

Weißenfels, den 12. Januar 1922.

Der Vorsitzende des Kreisamtschusses
Zimmermann, Landrat.

Marken-Ausgabe.

Am **Freitag, den 20. Januar 1922** nachmittags von 2-3 Uhr werden in den Bezirksstellen die **Brotmarken** für die 3. u. vom 23. Januar bis 5. Febr. 1922 auszugeben.

Teuchern, den 17. Januar 1922.

Der Magistrat. Schillen.

Bekanntmachung.

Der Verbandsausschuß hat in seiner Sitzung vom 7. Januar 1922 den Strompreis für Licht auf **Mk. 5.00 pro kWh.** Kraft **3.00** mit Wirkung vom 1. Februar 1922 ab festgesetzt, was wir hiermit gemäß § 15 unserer Stromlieferungsbedingungen vom 1. Dezember 1917 bekanntgeben.

Teichern, den 7. Januar 1922.

Elektrizitätsverband Weißenfels-Teich
Der Vorstandsvorsitzer. Schwarzenberg.



Berein für deutsche Schäferhunde S. B.

Ortsgruppe Teuchern u. Umg.

Sonntag, den 22. d. Mts. nachm.

3 Uhr findet im Vereinslokal „Schützenloge“ die **Generalversammlung** statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht über das verlossene Vereinsjahr.
2. Kassenprüfung und Entlastung des Kassenvorstands.
3. Vorstandswahl.
4. Festlegung der Schauen etc. 1922.
5. Entnahme des Jahresbeitrages für den Hauptverein.
6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

NB. Reduktorbesten haben zwecks Anbringung, ihre Namen bis zum 24. d. Mts. bei der D.-S. Halle a. S. anzumelden.
Schlachka, Vorsitzender.

Hausbesitzerverein.

Alle Mitglieder werden gebeten zu dem am **Montag, den 23. Januar** abends 8 Uhr im „Löwen“ (Vereinszimmer) stattfindenden **Monatsversammlung** pünktlich zu erscheinen. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Der Vorstand.

Landwirtschaftlicher Verein für Teuchern u. Umg.

Sonabend, den 21. Januar nachmittags 5 Uhr

Versammlung

im „Hotel zum Löwen“.

Der Vorstand.

Achtung!

Verkaufe jeden Freitag und Sonnabend **pr. Rostfleisch, Kauladen und alle Wurstwaren.**

Bruno Eichler, Dammstr. 1.

Preislisten : : Diskonten

zu haben bei **D. Lieferenz.**

Norddeutscher Hof.

Sonabend, den 21. Januar abends 8 Uhr

3tes Gastspiel der Bunten Volks-Bühne

Leipzig.

!! Vollständig neues Programm !!

Neu! Zum Schluss: Neu!

Der göttliche Amor

Operetten-Burleske von Herrn Marcellus.

Wer lachen will — — muss kommen.

Vorverkauf im Norddeutschen Hof

Otto Berthold's Restaurant.

Sonntag, den 22. und Montag, den 23. Januar

großer Preisfest.

Wozu freundlichst einladet Otto Berthold.

Donnerstag und folgende Tage Restlich von

ff. Gürth-Bock.

Wozu freundlichst einladet G. Angermann.



Gröben.

Bockbier-Fest

mit ff. Bockwürstchen u. Sauerkraut

Sonabend und Sonntag den 21. u. 22. Januar

label ergebenst ein A. Arlt.

Hotel zum Löwen, Teuchern.

Mittwoch, den 25. Januar 1922 kommt

Willy Vierath-Berlin

und spricht über

Valuta und Finanznot.

Viga zum Schutze der deutschen Kultur.

Arbeitsnachweis Teuchern.

Geschäftszeit werktäglich von 8 1/2-1 Uhr.

Gesucht werden:

12 Mägde, 5 Burchen verschiedenen Alters in die Landwirtschaft, 1 Tischler, 1 Schneider, 2 Hufschmiede, 1 Mädchen zum Erlernen der Blumenbinderei nach auswärts, 1 Hausmädchen von 18 Jahren für alle Arbeiten in eine Gastwirtschaft, Häner, tätige einheimische Abraumarbeiter mit ordnungsgemäßen Papieren, 10 vollleistungsfähige Arbeiter, nicht unter 25 Jahren auf 6 Wochen, 15 jähr. Burche in Landwirtschaft kann Schweizer lernen, 1 Oberbursche in die Landwirtschaft, Hufe oder Polwaise, 3 Küchenmädchen und 1 Köchin zum 1. Februar in eine Scheinanstalt nach auswärts, 1 ältere Wirtschafterin, 1 Bäcker- und Fleischnachbereiter, 1 jüngerer Burche zu den Pferden, 2 Hausmädchen nach Gera, 1 Stadtmädchen von 18 Jahren in die Gegend von Ronneburg.

Stellen suchen

2 Wirtschafterinnen, 1 Hausmädchen, 1 Burche von 15 Jahren nach Teuchern, 1 Tischler- und Maschinenarbeiter nach auswärts, 1 Schweizer nach als landw. Arbeiter 1 Oberbursche, 1 Aufwartung v. 18 Jahren für den halben Tag, 1 Aufwartung für den ganzen Tag.

Wäsche jeder Art

wird angefertigt. Wo sagt die Exp. d. Bl.



Heute Donnerstag

Schlachte Fest

M. Wittmann

Candis

empfehl

Drogerie Eitze, Oberstr. 5.

Die neuen Postgebühren

Stck. 1.50 Mk.

zu haben bei

Otto Lieferenz.



Eine gute hochtragende Ziehkuh

steht wegen Mangel zu verkaufen

Schorlau Nr. 18.

Alle Sorten

Därme

empfehl preiswert

Emil Angermann, Rejauerstr. 14 Gastwirt.

Ein

Drehstrom-Motor

neu, 2 PS., 110 Volt, Kupferwicklung hat billig abzugeben

Albin Samann.

Rohrstöcke

empfehl

Drogerie Eitze, Oberstr. 5.

J. C. König & Ebhardt's Kontobuch „Steuersparer“

ein vereinigt Konto- und Kassenbuch D.-R.-G.-M.

kann von jedem Handwerker, Gewerbetreibenden und Geschäftsmanne

ohne besondere Vorkenntnisse geführt werden.

Musterbogen mit Probenrechnungen und Probeabschluss liegt jedem Buche bei.

Kontobuch „Steuersparer“ ist bei Otto Lieferenz zu haben.

Achtung.

Der Einwohnerschaft von Krössuln u. Umg. hiermit zur gefälligen Kenntnis, dass ich mich als

Nähmaschinenschlosser

niedergelassen habe. Reparaturen aller Nähmaschinen-Systeme werden in und ausser dem Hause sach- und fachgemäss ausgeführt

Achtungsvoll

Felix Junghans,

Krössuln Nr. 43.

Most-Schokoladen,

Most-Pralinen,

Most-Kakao

1/2 Bp. 750 Mt.

haben eingetroffen

Ewald Wunderlich,

Feinbäckerei.

Kistritz.

Bum

Maschinenball

mit 3 Amütierung, Sonntag,

den 22. Januar. Label freundlichst ein

A. Gaudige.

Sonntag, den 29. Januar

Bockbierfest mit Preisfest.

Fettpapier

zu haben bei

D. Lieferenz.

Husten-

Linderungsmittel

bekommen sie in der

Drogerie C. Eitze,

Einen

Schmiedelehrling

nicht für Oren unter günstigen Bedingungen

Patzschke, Schmidemstr. Lützen.

Wolfshündin

Donnerstag Nacht entlaufen.

Vor Ankauf wird gewarnt.

Gegen hohe Belohnung abzugeben.

Alteci, Braunschweig.

Ein Hund

zugeliefert.

Unterm Berge 15.

Ihre Verlobung geben hiermit bekannt:
Lina Angermann
Franz Emmrich
Teuchern im Januar 1922.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeit danken herzlichst
Felix Junghans u. Frau
Frieda geb. Wilsdorf
nebst Eltern.
Krössuln.

Für die Beweise freundlicher Teilnahme beim Tode unserer lieben Entschlafenen sagen wir unsern herzlichsten Dank.
Bonau, den 17. Januar 1922.
Geschwister Busch
und Verwandte.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz Teuchern.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Wochenpreis: Die sechsgehaltene Kopfsache 1 RM., Restausgabe 8.00 RM.

Abnahmeannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Theaterstraße 10. Sonntagsausgaben müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Freitag, Samstag und Sonntag, abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Verantwortlicher Herausgeber: Hans am Hof, Teuchern, 12.00 RM. von am Hof, Teuchern, 12.75 RM. Einzelnummer 30 Pf.

Verantwortliche und monatliche Beiträge werden außer in der Geschäftsstelle, Theaterstraße 10, auch von anderen Orten und allen Postämtern angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 8

Donnerstag, den 19. Januar 1922.

61. Jahrgang

Der Reichstag.

Wenn der deutsche Reichstag jetzt wieder zusammentritt, wird er sich natürlich zunächst über die seit Cannes gebliebene Lage aussprechen. Die von der Reparationskommission beschlossenen Forderungen und das Wortlaut für einen Teil der fälligen Noten sind bekanntlich nur ein Provisorium. Nach der Erklärung unserer Zahlungsfähigkeit für die am 15. Januar fälligen 500 Millionen Goldmark ist, um einen deutschen Ausbruch zu verhindern, der Himmel über Deutschland nicht eingetaucht, und es wird nicht an Stimmen fehlen, die meinen, wir brauchen nicht aufzugeben, denn es müßte sich die Zukunft zwei Mal besser gehen, als andere denken. Vielleicht haben wir Glück infolge von Ereignissen, die heute noch nicht zu übersehen sind.

Frieden wollen und müssen wir halten, Pflichten wollen wir erfüllen, soweit es möglich ist. Aber wir müssen auch erneut ein Wort gegen Unrecht und Willkür sagen. Einem Mann, der die fälligen deutschen Kriegsschulden gestellt worden, aber wir dürfen die Möglichkeit nicht heraufzudämmen lassen, daß er Forderungen stellen könnte. Bismarck hat auch gefordert, daß zu dem geplanten französisch-englischen Allianzvertrag von Paris aus der Zusatz beantragt werden soll, daß auch ein deutscher Angriff gegen Polen als ein Verstoß gegen den Entente gegen uns betrachtet werden soll. Es bedarf keines Wortes weiter, daß wir dann in bedauerlicher Aussicht auf einen Krieg von zwei Seiten stehen würden. Einen deutschen Angriffskrieg gegen Polen zu konstruieren, ist für die in Warschau und in Paris, die ihn haben wollen, und es gibt zweifellos solche Leute, kein Kunststück.

Meiner langen Auseinandersetzungen bedarf es auch, wenn man die finanzielle Lage gegenüber den drohenden Ententeforderungen der Finanzkontrolle und der Beschränkung des Notenumlaufes klar zu stellen. Wie die Zahlungsfähigkeit an die Entente hat auch die Steuerleistung an die Reichskasse ihre Grenze. Das ganze mühselige Papiergeld-Wort zum Kauf gehen, aber auch hier heißt es, erst lauberes Wasser haben, bevor man lauberes sorgfältig. Die Papiergeldleistung kann erst eintreten, wenn an Stelle des Provisoriums eine definitive, die Aufgaben berücksichtigende Revision der Ententeforderungen durchgeführt worden ist.

Ein bekannter englischer Volkswirt hat kürzlich als angemessene deutsche Reichsschuld 21 Milliarden berechnet, die mit 6 Prozent zu verzinsen sind in 30 Jahren zu tilgen sind. Mitun wird uns nicht mehr zu, als selbst ein Briten berechnet. O. W.

Die Einladung Deutschlands.

Konferenz in Genua am 8. März.

Der italienische Botschafter überreichte dem Reichskanzler ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Nach einer Entschliessung des Direktorates der alliierten Mächte beziehe ich mich, Ihnen die Absicht einer Entschliessung zu übermitteln, die am 6. Januar 1922 durch die alliierten Regierungen auf der Konferenz von Cannes angenommen wurde. Im Einklang mit dieser Entschliessung und auf Verlangen meiner Regierung beziehe ich mich, die deutsche Regierung zur Teilnahme an der Wirtschaftskongress- und Finanzkonferenz einzuladen, die in Genua am 8. März 1922 eröffnet werden wird.“

Dem Einladungsschreiben ist der Text der bereits veröffentlichten Entschliessung beigefügt, die durch die Konferenz von Cannes am 6. Januar angenommen wurde. Unter den in der Entschliessung zur Teilnahme ausdrücklich angeforderten Mächten werden außer Deutschland, Dänemark, Ungarn, Bulgarien und Anstalt genannt.

Die nächsten Aufgaben der Reichsregierung.

Nach der Absicht Rathenaus aus Cannes hat für das Reichsamt eine Zeit besonders angestrengter Tätigkeit eingeleitet. Eine Kabinetsbesprechung folgt der andern. Am Montag erstattete Rathenau dem Kabinett eingehenden Bericht. Am selben Nachmittag fand eine vertrauliche Sitzung des Kabinettschiffes des Reichsrats statt, in der der Reichsminister sprach. Im selben Abend überreichte der italienische Botschafter die Einladung nach Genua, die Diensttag vormittag dem Reichskabinett vorlag. Am Mittwoch war eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages angesetzt, Donnerstag tritt der Reichstag selbst zusammen. So folgt eine Beschäftigung der andern.

Für die Reichsregierung handelt es sich jetzt darum, einen Programm zu formulieren für die Konferenz von Genua aufzustellen, dann aber einen Plan auszuarbeiten, der auf Verlangen der Reparationskommission bekanntlich innerhalb der nächsten vierzehn Tage fertiggestellt werden muß.

In diesem Plan soll die Reichsregierung bekanntlich Auskunft darüber geben, wie sie bei der weiteren Vernehmung des Papiergeldumlaufes aus dem Wege denkt und wie die Verzinsungen und Zahlleistungen im Jahre 1922 angebracht werden sollen. Allein diese Forderung der Reparationskommission, auf die innerhalb der letzten 14 Tage eine klare Antwort gegeben werden soll, stellt die Reichsregierung vor eine ungeheure Aufgabe. Trotzdem ist man in Regierungskreisen ziemlich optimistisch, und man glaubt, daß man in der Lage sein werde, eine befriedigende Antwort zu geben. Für das Programm, das für die Konferenz von Genua aufgestellt werden soll, hat man noch zwei Monate Zeit und dürfte erst an die Ausarbeitung dieses Programms gehen, wenn die Antwort an die Reparationskommission formuliert worden ist.

Unsere Zahlungsfähigkeit.

Mathenau Rede in Cannes.

Amtlich wird jetzt die Rede veröffentlicht, die



eine große Anteilnahme in Auslande zu machen, da die Londoner City sich schon gewirgt habe, einen viel kleineren Betrag für die Januar- und Februarzahlungen durch Anleihen zu finanzieren. Auch eine innere Anteilnahme sei gegenwärtig kaum möglich. Ungenügend sei die Lage so, daß Deutschland sich allmählich absetze, daß es von seiner eigenen Substanz lebe.

Deutschlands Erfüllungsbereitschaft.

Dr. Rathenau versichert, Deutschland sei trotz alledem in jedem Falle durchaus bereit, auf dem Wege der Stabilisierung des Budgets zu treffen, das ihm vorgezogen ist. Die Erhöhung der Zölle auf Goldbasis solle erfolgen. Die Frage der Verfestigung der Wertaufstellungen zur Verbilligung der Lebensmittel usw. sei in die Wege geleitet. Die Frage der Kapitalflucht könne nur unter Mitwirkung aller ausländischen Banken geregelt werden. Was die Garantiefrage anbelange, könne man der Reichsamt eine größere Autonomie geben.

Der Wiederaufbau Deutschlands.

Dr. Rathenau schloß seine Rede mit der Bereitschaft Deutschlands, am Wiederaufbau Europas mitzuarbeiten und den ihm zuzubehörenden Teil zu übernehmen, unabhangig, als es mit den technischen und wirtschaftlichen Bedingungen und Gepflogenheiten des Ostens vertraut sei und an der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Ost- und Mitteleuropas großen Anteil nehme.

Das Programm des Zentrums.

Die neuen Richtlinien auf dem Parteitag. Der zur Zeit in Berlin tagende Parteitag des Zentrums beschäftigte sich in mehreren Sitzungen mit dem neuen Programm, dessen Fassung auf

dem vorjährigen Parteitag beschlossen wurde. In vertraulicher Sitzung berichtete Reichsminister Müller (Wittenberg) über die Grundzüge dieses neuen Programms.

Christliches Prinzip und deutsche Volksgemeinschaft.

Als leitende Ideen der Partei werden in diesen Richtlinien die folgenden festgelegt: Das Zentrum ist eine christliche Volksgemeinschaft auf christlicher Grundlage. Die Parteien sind christlich zum christlichen Prinzip und deutsche Volksgemeinschaft. Die Zentrumspartei ist entschlossen, die Arbeit für nationale Erneuerung, für Wiedergewinnung innerer Kraft und äußere Freiheit nur in Übereinstimmung mit den sittlichen Grundsätzen des Christentums zu leisten, zum Unterschied von anderen Parteien, die für das Privatleben des Christentums gelten lassen, die „hohe Politik“ aber von den Fesseln der „privaten“ Moral befreit wissen wollen. Die Zentrumspartei lehnt den „nationalistischen Egoismus“, den „brutalen“ Machtgedanken ab. Sie hält an der tief christlichen Idee der friedlichen Völkerverständnis fest, die den Triumph des Rechtes über die bloße Macht voraussetzt.

Für Reichseinheit, gegen Zentralismus.

Die innerpolitischen Richtlinien betonen die Achtung der Staatsform und der Staatsordnung, wenn sie auch nicht den eigenen Idealen entsprechen. Nur eine Grenze der Staatsgewalt muß das Zentrum festhalten: das natürliche Recht und das göttliche Gesetz. Die Reichseinheit ist nach fester Zentrumstradition die wichtigste Vorbedingung für die nationale Lebenskraft unseres Volkes. Ebenso notwendig ist die Ablehnung der zentralistischen Tendenzen, die schonende Rücksicht auf das Eigenleben der Völker.

Sozialpolitische Aufgaben.

Unter den sozialpolitischen Richtlinien werden hervorgehoben das Prinzip der Steigerung der Produktion und eine besondere Rolle stellt in den Richtlinien die Hervorhebung der sozialökonomischen Gesichtspunkte und der Grundzüge: Die Zentrumspartei will „während einer Uebermacht des Kapitalismus weitgehend vorbeugen“, sie ist bestrebt, die Zahl der Eigentümer Rind zu vermindern, sie hat eine große Anzahl leistungsfähiger Eigenbetriebe für eine Volkswirtschaft und staatspolitische Notwendigkeit“, sie fördert den Mittelstand aus sozialem Mitleid und um des gesunden gesellschaftlichen Aufbaues willen.

Positiv-christliche Kulturpolitik.

Als Krönung des grundsätzlichen Teiles der Richtlinien sind die kulturpolitischen Absichten gedacht, wobei die bekanntesten Gesichtspunkte der Partei im Vordergrund stehen und eigens betont wird: Die Zentrumspartei kann sich auf die Dauer nicht damit begnügen, für die Anhänger der positiv-christlichen Weltanschauung das bloße Erziehungsrecht innerhalb des deutschen Kulturkreises zu erringen. Sie hat die Aufgabe der Förderung der christlichen Kulturverbreitung, der Religion, der Familie und christlichen Familie, wobei die Toleranz aber als unverbrüchliche Regel des bürgerlichen Zusammenlebens hochgehalten werden soll.

Diese Richtlinien will die Partei nicht erst bis ein Wahlkampf kommt, sondern sofort in Kunde propagieren. Sie wurden im Anstalt an das Reichsamt einstimmig genehmigt.

Deutsches Reich.

18. Januar 1922.

Verordnende Kundgebung der deutschen Landwirtschaft. Als Abfallung der vom 23. bis 27. Januar letzten zwischen staatlichen landwirtschaftlichen Reichsamt am 27. Januar in Dresden eine Kundgebung der gesamten deutschen Landwirtschaft veranstaltet, die das geschlossene Einleben der Landwirtschaft für das Land zu fördern bringen soll. Es werden die großen landwirtschaftlichen Verbände: Oeder von Braun, Abg. Dr. Heim, Landesökonomischer Beirat, Freiherr v. Kerling, Dr. Mehnert, Freiherr von Schorlemer, Abg. Wachsberg de Wente, Freiherr von Wangenheim und Herr Wendburg.

Die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauwesens vor Gegenstand der Beratung in der Kommission des Reichswirtschaftsrates. Der neue Entwurf soll dem Gesetz von 1921 eine Form geben, die es ermöglicht, das Einkommen aus der Abgabe nicht zur Verzinsung und Tilgung von Anleihen wie bisher, sondern auch zur unmittelbaren Veranschaulichung von Baukostenzuschüssen zu verwenden, und dann die Abgabe auf das fünffache erhöhen. Die Beschäftigung dieses Weges wurde vom Reichswirtschaftsrat schon am 27. Oktober 1921